

Ann-Christin Rathje und Klaus Wohlrabe

Investitionstätigkeiten der deutschen (Familien-)Unternehmen: Entwicklungen, Standorte, Einflussfaktoren

Die Stiftung Familienunternehmen hat das ifo Institut im Jahr 2017 damit beauftragt, eine Analyse der Investitionstätigkeiten der deutschen Unternehmen vorzunehmen und eine umfassende Unternehmensdatenbank aufzubauen, die sich künftig zu einer in Deutschland führenden Datenquelle für die wissenschaftliche Forschung mit Bezug auf die Tätigkeit von Familienunternehmen entwickeln soll. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden im Zeitraum von Mai bis Juli 2017 sowohl Familienunternehmen als auch Nicht-Familienunternehmen zu ihren Investitionstätigkeiten befragt. Insgesamt konnten im Zuge der Erhebung Informationen zum Investitionsverhalten von etwa 1 500 deutschen Unternehmen ausgewertet werden. Den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zufolge bleibt Deutschland mit Abstand der bedeutendste Investitionsstandort für deutsche Unternehmen: Der Großteil der Unternehmen investiert derzeit hauptsächlich in Deutschland. Internationale Investitionsstandorte sind jedoch ebenfalls von Bedeutung: Immerhin 16,3% der befragten Unternehmen nennen Europa als zentralen Investitionsstandort. Für 10,2% bzw. 7,7% der Unternehmen spielt der asiatische Raum bzw. die Vereinigten Staaten eine zentrale Rolle. Die gute Absatzlage bzw. die guten Ertragsersparungen haben sich im Jahr 2017 für die Mehrheit der Unternehmen positiv auf die Investitionstätigkeiten ausgewirkt. Die wichtigste Maßnahme zur Steigerung der privaten Investitionen ist nach Ansicht der Unternehmen mit deutlichem Vorsprung der Bürokratieabbau.

ENTWICKLUNG DER INVESTITIONSTÄTIGKEITEN

Deutschland steht in der internationalen Kritik. Der Vorwurf: Die Exportüberschüsse seien zu groß, die Investitionen zu niedrig. Ob eine Investitionsschwäche der deutschen Privatwirtschaft vorliegt, ist unter Volkswirten allerdings umstritten.

Die derzeitige gute konjunkturelle Lage und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen bieten beste Voraussetzungen für eine rege Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen. Das Bruttoinlandsprodukt wächst seit mehreren Jahren ununterbrochen, die Beschäftigung steigt, die Exporte liegen auf Rekordhöhe. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer ungewöhnlich langen Phase des Aufschwungs. Hierfür spricht auch die seit 2013 steigende Kapazitätsauslastung der Unternehmen, die den Auslastungsgrad der Produktionsanlagen misst (vgl. Wollmershäuser et al. 2017). Überausgelastete Kapazitäten weisen auf zunehmenden Investitionsbedarf hin. Da die Produktionskapazitäten der deutschen Unternehmen laut ifo Konjunkturprognose (Wollmershäuser et al. 2017) mittlerweile überdurchschnittlich ausgelastet sind, erwarten die Experten

bei weiter steigender Produktion eine höhere Investitionstätigkeit der Unternehmen.

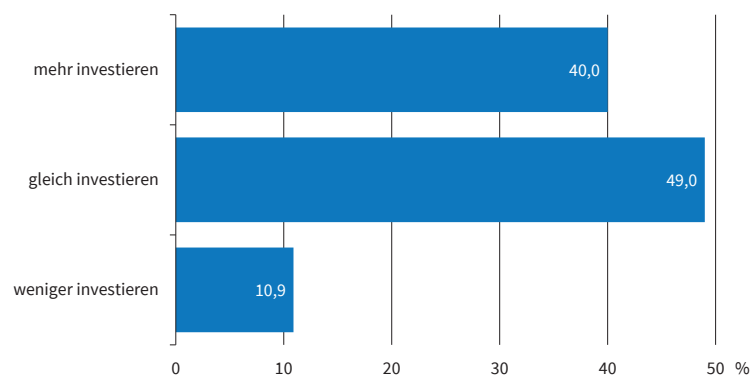
Zur Untersuchung der Investitionstätigkeiten der deutschen Unternehmen hat die Stiftung Familienunternehmen eine Studie beim ifo Institut in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieser Studie wurden im Zeitraum von Mai bis Juli 2017 sowohl Familienunternehmen als auch Nicht-Familienunternehmen zu ihren Investitionstätigkeiten befragt. Insgesamt haben an der repräsentativen Befragung mehr als 1 500 Unternehmen unterschiedlicher Größenklassen aus dem Baugewerbe, dem industriellen Sektor, dem Groß- und Einzelhandel sowie dem Dienstleistungssektor teilgenommen.¹ Von den befragten Unternehmen bezeich-

¹ Insgesamt konnten 1 487 Fragebögen ausgewertet werden. Von den befragten Unternehmen gehören 629 dem Dienstleistungssektor und 505 dem industriellen Bereich an (Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau), 194 Unternehmen werden nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) dem Groß- und Einzelhandel zugeordnet und 159 Unternehmen dem Baugewerbe zugerechnet. In Bezug auf die Größenklassen ergibt sich folgende Teilnehmerstruktur: 16,5% der befragten Unternehmen weisen null bis neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf. Den größten Anteil stellen die Unternehmen mit zehn bis 49 beziehungsweise 50 bis 249 Beschäftigten mit jeweils 24,3% und rund 27%. Des Weiteren haben 14,8% der befragten Unternehmen 250 bis 999 Mitarbeiter und 17,4% der Unternehmen sogar mehr als 1 000 Arbeitnehmer. Da die Verteilung der befragten Unternehmen über

Abb. 1

Investitionstätigkeit im Jahr 2017

Wir werden im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich ...



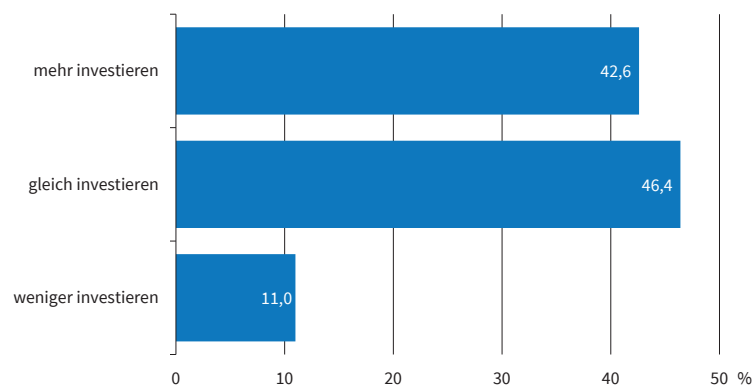
Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 481).

© ifo Institut

Abb. 2

Zukünftige Investitionstätigkeit

Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre werden wir voraussichtlich (...) als 2016.



Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 481).

© ifo Institut

neten sich 73,4% als Familienunternehmen.² Etwa ein Viertel der Unternehmen ordnete sich der Klasse der Nicht-Familienunternehmen zu.

Die beteiligten Unternehmen wurden im Zuge der Erhebung nach ihren aktuellen und zukünftigen Investitionstätigkeiten befragt. Werden die Investitionen im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 steigen, gleich bleiben oder sinken? Und beabsichtigen die Unternehmen in den kommenden fünf Jahren voraussichtlich mehr, gleich oder weniger zu investieren? Generell kann festgehalten werden: Die Investitionstätigkeiten der deutschen Firmen entwickeln sich insgesamt

Fortsetzung Fußnote 1:

die Größenklassen und die Wirtschaftsbereiche nicht exakt mit der Verteilung der deutschen Volkswirtschaft über ebenjene Merkmale übereinstimmt werden Gewichtsvariablen zur Berechnung von repräsentativen Ergebnissen eingesetzt. Jedes Unternehmen wird hierfür einer Klasse von Branche und Beschäftigtenzahl zugeordnet. Klassen, die gemessen an der volkswirtschaftlichen Bedeutung (Bruttowertschöpfung und Beschäftigtenzahl) tendenziell zu gering in der Unternehmensbefragung vertreten sind, werden durch Korrekturfaktoren dementsprechend höher gewichtet, so dass die Repräsentativität der Ergebnisse auf aggregierter Ebene sichergestellt wird.

² Die Zuordnung der Unternehmen zu der Klasse der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen basiert in dieser Studie auf der Selbstidentifikation.

positiv – etwa 40% der befragten Unternehmen geben an, ihre Investitionen im In- und Ausland im laufenden Kalenderjahr bzw. in den nächsten fünf Jahren im Vergleich zu 2016 steigern zu wollen (vgl. Abb. 1 und 2). Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen beabsichtigt ein ähnliches Investitionsniveau wie im Vorjahr und lediglich 10% der Unternehmen werden ihre Investitionen im laufenden Jahr bzw. in der Zukunft voraussichtlich senken. Angesichts der guten konjunkturellen Lage in Deutschland und der historisch niedrigen Zinsen stellt sich allerdings die Frage, warum etwa 60% der Unternehmen nur auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr oder sogar weniger investieren wollen.

In diesem Zusammenhang wird diskutiert, inwieweit sich strukturelle Veränderungen auf das Investitionsverhalten der Unternehmen auswirken: Eine Studie des ZEW (vgl. Rammer und Peters 2016) kommt zu dem Ergebnis, dass sich die immateriellen Investitionen in Kontrast zu den Investitionen in physische Kapitalgüter deutlich dynamischer entwickeln. Zu den immateriellen Investitionen zählen unter anderem Ausgaben in Forschung

und Entwicklung, Marketing, Software und Datenbanken. Die realen Investitionen in Forschung und Entwicklung sind im Zeitraum von 1991–2014 bspw. um 50% angestiegen – die realen Investitionen in Ausrüstungen haben laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im selben Zeitraum hingegen nur um 23% zugelegt (vgl. Rammer und Peters 2016).

EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE INVESTITIONSTÄTIGKEITEN

Die gute konjunkturelle Lage in Deutschland hat sich nach Angaben der befragten Unternehmen positiv auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt. Die Unternehmen wurden im Rahmen der Befragung gebeten, eine Einschätzung abzugeben, welche Faktoren die Investitionstätigkeit in Deutschland im Jahr 2017 angeregt haben, welche sich dämpfend ausgewirkt haben und welche keinen Einfluss auf die Investitionsentscheidung hatten. Die Ergebnisse sind in Abbildung 3 veranschaulicht. Auffallend ist vor allem der stimulierende Einfluss der guten Absatzlage/-erwartung bzw. der Ertragsersparungen: 68,6% bzw. 58,4% der Unter-

Abb. 3
Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit

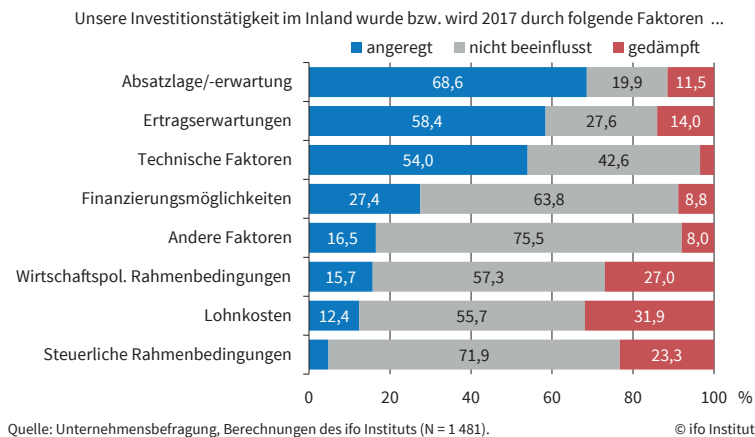


Abb. 4
Digitalisierung
Wie wird sich der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung Ihrer Prozesse (inkl. Produktion und Verkauf) an den Investitionen in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

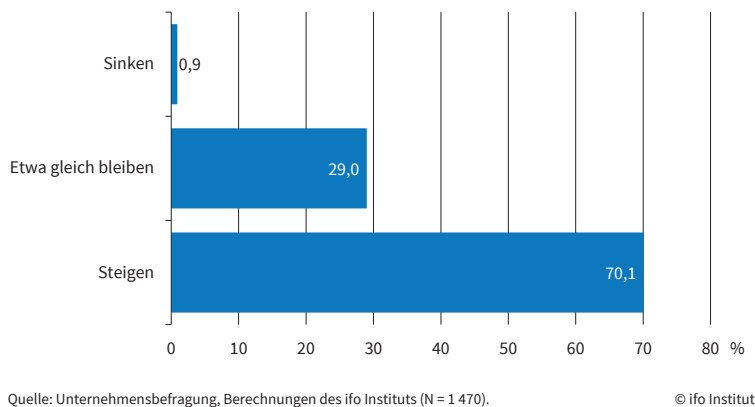
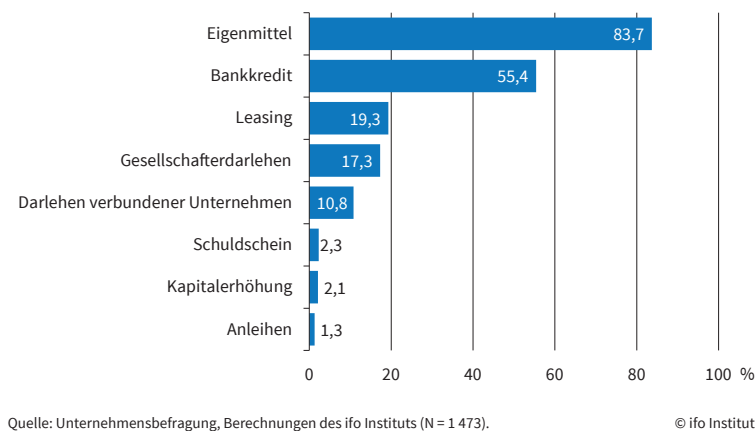


Abb. 5
Finanzierung der Investitionen
Wie finanzieren Sie Ihre Investitionen im Jahr 2017 hauptsächlich? (Mehrfachnennung möglich)



nehmen geben an, diese Faktoren hätten sich positiv auf die Investitionstätigkeit in Deutschland ausgewirkt. Die Absatzlage wird insbesondere von den Familienunternehmen als anregend eingestuft. Dies ist vor dem Hintergrund der sehr guten konjunkturalen Lage in Deutschland wenig überraschend.

Daneben schreiben die Unternehmen insbesondere technischen Faktoren einen stimulierenden Effekt auf die Investitionstätigkeit zu. Dementsprechend plant die große Mehrheit der Unternehmen (70,1%) in den nächsten Jahren verstärkt in die Digitalisierung der Unternehmensprozesse zu investieren (vgl. Abb. 4). Lediglich 0,9% der Unternehmen erwarten, dass der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung sinken wird.

Externe Finanzierungsmöglichkeiten spielen für die Unternehmen bei der Entscheidung über zu tätige Investitionen mehrheitlich keine zentrale Rolle: 63,7% der befragten Unternehmen vertreten die Meinung, dass die Finanzierungsmöglichkeiten keinen Einfluss auf die Investitionstätigkeit im Inland ausgeübt haben. Die Ergebnisse legen nahe, dass Finanzierungsengpässe für die meisten deutschen Unternehmen aufgrund hoher Eigenkapitalquoten und guter Finanzierungsbedingungen kein Investitionshemmnis darstellen. Die meisten Unternehmen (83,6%) können für die Finanzierung ihrer Investitionen mittlerweile hauptsächlich auf Eigenmittel zurückgreifen (vgl. Abb. 5) und sind damit weniger stark von externen Kapitalgebern abhängig. Benötigen Unternehmen Fremdkapital zur Realisierung von Investitionen, wird dafür am häufigsten auf Bankkredite zurückgegriffen – 55% der Unternehmen nutzen vorwiegend diese Finanzierungsform.³

Nach Ansicht der befragten Unternehmen haben sich jedoch auch einige Faktoren dämpfend auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt: Die steuerlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wurden von 23,3% bzw. 27,0% der Unternehmen als Investitionshemmnisse in Deutschland identifiziert. Insbesondere die befragten Familienunternehmen stufen die Fakto-

ren als Investitionshemmnisse in Deutschland identifiziert. Insbesondere die befragten Familienunternehmen stufen die Fakto-

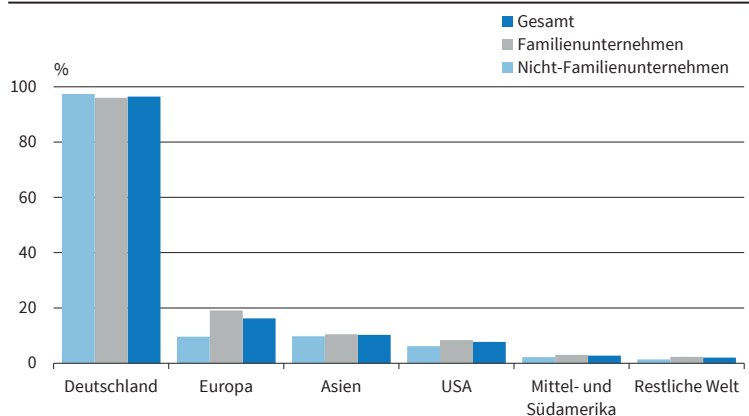
ren als Investitionshemmnisse in Deutschland identifiziert. Insbesondere die befragten Familienunternehmen stufen die Fakto-

³ Mehrfachnennung möglich.

Abb. 6

Bedeutendste Investitionsstandorte

Wo werden Sie 2017 hauptsächlich investieren? (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 471).

© ifo Institut

ren als investitionshemmend ein: Knapp 30% der Familienunternehmen verzeichneten einen negativen Einfluss der wirtschaftspolitischen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen auf die Investitionstätigkeit, während der Anteil bei den Nicht-Familienunternehmen mit lediglich 20,8% und 15,4% deutlich geringer ist. Bei den Faktoren, die die Investitionstätigkeit dämpfen, werden die Lohnkosten jedoch am häufigsten genannt. Knapp 25% der Nicht-Familienunternehmen und gut 35% der Familienunternehmen berichten von einem negativen Einfluss der Lohnkosten auf die Investitionstätigkeit. Besonders kleine und mittlere Unternehmen stufen die Lohnkosten oftmals als investitionshemmend ein.

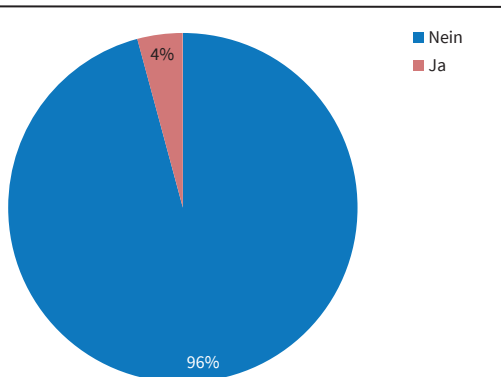
INVESTITIONSSTANDORTE

Den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zufolge bleibt Deutschland allerdings ungeachtet der Investitionshemmnisse mit Abstand der bedeutendste Investitionsstandort für deutsche Unternehmen. 96,4% der befragten Unternehmen investieren derzeit hauptsächlich in Deutschland (vgl. Abb. 6) und eine über-

Abb. 7

Arbeitsplatzverlagerung

Planen Sie (in diesem Zusammenhang) bestehende Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern?



Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 469).

© ifo Institut

wältigende Mehrheit der Unternehmen (95,8%) plant in diesem Zusammenhang keine Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland (vgl. Abb. 7). Lediglich bei 4,2% der Unternehmen spielt die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland eine Rolle.

Internationale Investitionsstandorte sind jedoch ebenfalls von Bedeutung für die deutschen Unternehmen: Die Investitionsstandorte im Ausland bieten neben potenziellen Kostenvorteilen durch ein geringeres Niveau an Löhnen und Steuern insbesondere auch die Möglichkeit zur Erschließung neuer Absatzmärkte.

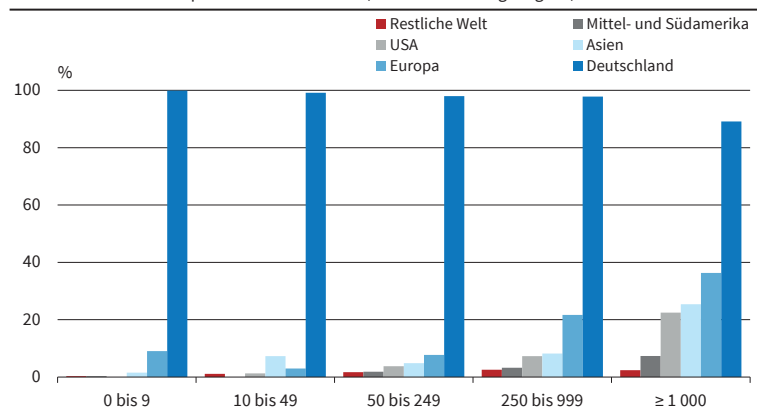
Am häufigsten wird bei der Frage nach den bedeutendsten Investitionsstandorten neben Deutschland aber Europa genannt (vgl. Abb. 6). 16,3% der befragten Unternehmen bezeichnen den europäischen Raum als hauptsächlichen Investitionsstandort. Der asiatische Kontinent spielt für 10,2% der Unternehmen und die Vereinigten Staaten für 7,7% der Unternehmen als Investitionsstandort eine übergeordnete Rolle. Mittel- und Südamerika sowie die restliche Welt belegen im Hinblick auf die Bedeutung als Investitionsstandorte im internationalen Vergleich für die deutschen Unternehmen die letzten Plätze.

Bezeichnend ist der Unterschied zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Standortwahl: Die befragten Familienunternehmen diversifizieren ihre Investitionsaktivitäten international viel stärker als ihr Komplement. Von großer Bedeutung für die Familienunternehmen ist insbesondere der europäische Markt. Während nur 9,6% der Nicht-Familienunternehmen Europa als hauptsächlichen Investitionsstandort bezeichnen, ist der Anteil mit 19,1% bei den Familienunternehmen wesentlich höher.

Die Unterschiede zwischen den Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Auslandsaktivitäten ergeben sich allerdings größtenteils durch die unterschiedliche Größenstruktur und Branchenzusammensetzung der Unternehmensgruppen in der Befragung. Prinzipiell nimmt der Anteil der Unternehmen mit internationalem Investitionsschwerpunkt zu, je größer das Unternehmen gemessen an den Beschäftigtenzahlen (vgl. Abb. 8). Da der Anteil der sehr großen Unternehmen in der Gruppe der Familienunternehmen besonders groß ist, betätigen sich die befragten Familienunternehmen deutlich öfter im Ausland als deren Komplement.

Zum anderen sind in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen besonders viele Branchen vertreten, die typischerweise ihren Fokus auf die inländische Geschäftstätigkeit legen. Insbesondere Unternehmen aus dem Baugewerbe, dem Gastgewerbe, dem

Abb. 8
Bedeutendste Investitionsstandorte – nach Beschäftigtenzahlen
 Wo werden Sie 2017 hauptsächlich investieren? (Mehrfachnennung möglich)

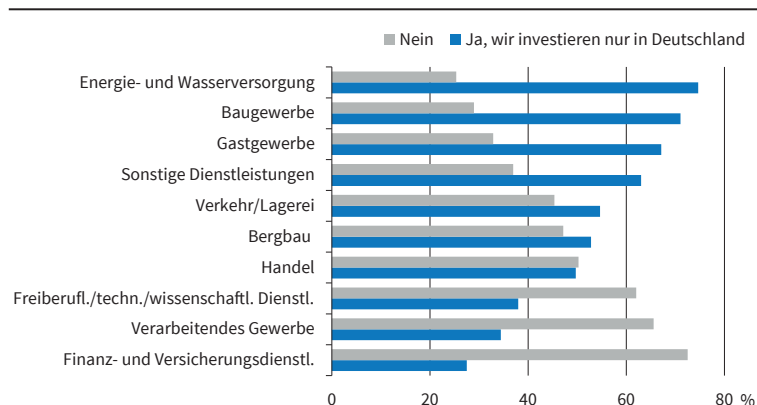


Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 471). © ifo Institut

Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung sind weniger stark auf den internationalen Markt ausgerichtet und bezeichnen ausländische Standorte folglich weniger häufig als zentrale Investitionsstandorte. Den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zufolge investieren bspw. drei von vier Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung ausschließlich in Deutschland (vgl. Abb. 9) – demzufolge tätigt lediglich ein Viertel der Unternehmen aus diesem Bereich derzeit Auslandsinvestitionen. Im Baugewerbe ist der Anteil der Unternehmen mit ausländischen Investitionstätigkeiten mit 29% ebenfalls sehr gering. Im Verarbeitenden Gewerbe liegt jener Anteil hingegen bei 65,6%. Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen tätigen sogar 72,5% der befragten Unternehmen Investitionen im Ausland (vgl. Abb. 9).

Zu den Branchen mit einem hohen Anteil an Investitionstätigkeiten im Ausland gehören insbesondere das Verarbeitende Gewerbe, die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie die freiberuflichen, technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen. Die Investitionstätigkeiten fokussieren sich hauptsächlich auf den europäischen und asiatischen Raum sowie die

Abb. 9
Deutschland als alleiniger Investitionsstandort
 Wir investieren nur in Deutschland



Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 487). © ifo Institut

USA. Im Verarbeitenden Gewerbe bezeichnen bspw. knapp 30% der befragten Unternehmen Europa, 20% Asien und ca. 18% die USA als zentralen Investitionsstandort. Ein relativ hoher Anteil (etwa ein Drittel) der Unternehmen aus dem Bergbau legt seinen Investitionsschwerpunkt darüber hinaus auf den europäischen Markt.

Die Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Auslandsaktivitäten werden aus diesem Grund von der höheren Konzentration von Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe in der Gruppe

der Familienunternehmen bzw. dem größeren Anteil von Dienstleistungsunternehmen (insbesondere dem Gesundheits- und Sozialwesen) und Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen beeinflusst.

INVESTITIONSVORHABEN

Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Frage nach der Art der Investitionsvorhaben. Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Investitionsvorhaben der befragten Unternehmen für das Jahr 2017 auf verschiedene Kategorien. Insgesamt machen Ersatzbeschaffungen einen Großteil des Investitionsvolumens aus: 59,7% der befragten Unternehmen investieren hauptsächlich in die Erneuerung von Anlagen. Lediglich an zweiter Stelle werden Kapazitätserweiterungen genannt, aber immerhin jedes zweite Unternehmen weitet seine Kapazitäten im laufenden Jahr aus. Rationalisierungen, Umstrukturierungen und andere Investitionsvorhaben machen einen deutlich geringeren Anteil am Investitionsvolumen aus, wobei es zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Sektoren gibt (vgl. Tab. 1). Kapazitätserweiterungen finden überproportional häufig im industriellen Bereich⁴ statt: Der Anteil der Industrieunternehmen mit Expansionsplänen ist 7,7% höher als in der Gesamtheit der befragten Unternehmen. Investitionen in Rationalisierungsprozesse spielen im industriellen Bereich eine besonders große Rolle. Im Baugewerbe

der Familienunternehmen bzw. dem größeren Anteil von Dienstleistungsunternehmen (insbesondere dem Gesundheits- und Sozialwesen) und Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen beeinflusst.

⁴ Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung sowie dem Bergbau (Code B, C, D und E der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008) wurden zum Industriesektor zusammengefasst. Die Ergebnisse für das Baugewerbe werden separat ausgewiesen.

Tab. 1

Verteilung der Investitionsvorhaben im Jahr 2017

	Investitionsvorhaben				
	Ersatz- beschaffungen	Kapazitäts- erweiterung	Rationa- lisierung	Andere Investitions- vorhaben	Umstruk- turierung
	Angaben in Prozent				
Gesamt	59,7	52,7	30,8	24,6	23,9
Baugewerbe	69,7	38,1	24,0	24,9	16,7
Industrie	68,0	60,5	48,9	23,7	21,3
Dienstleistungen	54,0	51,0	20,8	24,5	25,3
Handel	61,4	47,9	35,7	28,1	27,3

Mehrfachnennung möglich.

Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 471).

werbe hingegen sind Kapazitätserweiterungen deutlich seltener.

In diesem Kontext ist insbesondere auch von Bedeutung, ob Kapazitätserweiterungen vorrangig im Inland oder im Ausland stattfinden. Die Frage kann anhand der untersuchten Fragestellungen nicht endgültig beantwortet werden. Tabelle 2 gibt aber einen ersten Überblick über den Zusammenhang, in dem Angaben über die hauptsächlichen Investitionsstandorte und bedeutendsten Investitionsvorhaben der Unternehmen in Verbindung gebracht werden.

Unternehmen, die Deutschland als vorrangigen Investitionsstandort angeben, nennen zu 60,3% Ersatzbeschaffungen als hauptsächliches Investitionsvorhaben. Immerhin 52,6% jener Unternehmen, die vorrangig in Deutschland investieren, wollen ebenfalls verstärkt auf die Erweiterung von Kapazitäten setzen.

Die Ergebnisse der Befragung legen jedoch nahe, dass Kapazitätserweiterungen im internationalen Bereich eine gewichtigere Rolle spielen: Von den Unternehmen, die Mittel- und Südamerika als wichtigsten Investitionsstandort angeben, wollen 79,6% der Unternehmen vor allem in Kapazitätserweiterungen investieren. Der Anteil liegt in Asien und in den USA mit 75,6% und 73,1% deutlich höher als in Deutschland.

MASSNAHMEN ZUR STIMULIERUNG DER INVESTITIONEN

Welche Maßnahmen müssten von der künftigen Bundesregierung auf den Weg gebracht werden, um die Investitionen zu stimulieren? Die befragten Unterneh-

men wurden gebeten, aus einer Reihe von möglichen Maßnahmen zur Investitionssteigerung eine Rangfolge zu erstellen, die die Wichtigkeit der jeweiligen Maßnahmen widerspiegelt.⁵ Die Verteilung der Antworten sowie die aus der Verteilung errechneten Mittelwerte werden in Abbildung 10 und Tabelle 3 dargestellt.⁶

Die wichtigste Maßnahme zur Steigerung der privaten Investitionen ist nach Ansicht der Unternehmen mit deutlichem Vorsprung der Bürokratieabbau.⁷ Bei insgesamt 65,1% der Unternehmen belegt der Bürokratieabbau einen von den ersten drei Plätzen. 27,9% der Unternehmen bezeichnen den Abbau von Bürokratie gar als wichtigste Maßnahme der Bundesregierung zur Förderung von Investitionen. Darüber hinaus berechnet sich für den Bürokratieabbau der geringste Mittelwert (vgl. Tab. 3) – die Unternehmen messen dieser Maßnahme unter den zur Verfügung stehenden Antwortmöglichkeiten folglich die höchste Priorität bei. Dies unterstreicht nochmals die hohe Bedeutung des Bürokratieabbaus für die Unternehmen. Unterschiede ergeben sich hier im Hinblick auf die Größenklasse des Unternehmens: Besonders kleine und mittlere Unternehmen werden durch

⁵ Insgesamt konnten 814 Antworten ausgewertet werden. Es wurden nur Antworten berücksichtigt, die eine gültige Rangfolge der Maßnahmen aufwiesen.

⁶ Der Mittelwert ergibt sich aus dem gewichteten Durchschnitt der Antworten und stellt die Bedeutung der einzelnen Maßnahme zur Steigerung der Investitionen auf einer Skala von 1 bis 6 dar (1 = höchste Priorität; 6 = niedrigste Priorität). Ein Mittelwert von 1 ergibt sich für den Fall, dass alle Unternehmen einer bestimmten Maßnahme die höchste Priorität zuordnen.

⁷ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Umfrage der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. aus dem Juni 2017 (vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. 2017). Nach der vbw-Umfrage stellt der hohe Bürokratieaufwand das größte Investitionshemmnis für den Standort Deutschland dar.

Tab. 2

Hauptsächliche Investitionsvorhaben von Unternehmen, die eine spezifische Region als vorrangigen Investitionsstandort angegeben haben

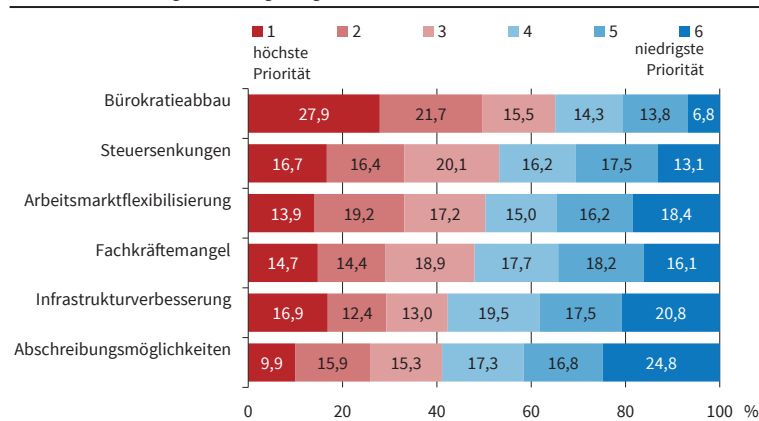
Hauptsächliches Investitionsvorhaben	Vorrangiger Investitionsstandort					
	Deutschland	Europa	Asien	USA	Mittel-/Süd- amerika	Restliche Welt
	Angaben in Prozent					
Kapazitätserweiterung	52,6	63,4	75,6	73,1	79,6	55,2
Ersatzbeschaffung	60,3	55,8	55,1	59,4	46,1	43,8
Rationalisierung	30,4	43,3	49,3	56,5	46,8	36,6
Umstrukturierung	23,5	30,5	34,3	25,5	40,5	16,7
Andere	25,0	27,2	25,2	22,3	18,2	56,4

Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 1 471).

Abb. 10

Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen

Was müsste die künftige Bundesregierung tun, damit Sie Ihre Investitionen ausbauen würden?



Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 814).

© ifo Institut

bürokratische Regelungen beeinträchtigt und sehen hier den größten Handlungsbedarf für die künftige Bundesregierung.⁸

Die Steuersenkungen belegen den Mittelwert zufolge den zweiten Platz auf der Prioritätsliste der Unternehmen zur Steigerung der Investitionen, gefolgt von Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sowie Infrastrukturverbesserungen. Von ähnlicher Wichtigkeit für die befragten Unternehmen sind Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Unterschiede ergeben sich hier erneut im Hinblick auf die Größenklassen der Unternehmen: Sowohl die Bekämpfung des Fachkräftemangels als auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird von kleinen Unternehmen als eher weniger wichtig eingestuft. Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten messen diesen Maßnahmen allerdings ein deutlich höheres Gewicht bei. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten werden von den Unternehmen insgesamt als weniger wichtig eingestuft.

Die hohe Relevanz des Bürokratieabbaus für die Volkswirtschaft und die enorme Möglichkeit zur Effizienzsteigerung wird anhand folgender Kennzahl deutlich: Die Bürokratiekosten für die Wirtschaft beliefen sich im Jahr 2012 auf 49,3 Mrd. Euro, wie das Statistische Bundesamt berechnet hat (Statistisches Bun-

⁸ Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (2004) kommt zu dem Ergebnis, dass kleine Unternehmen mit null bis neun Beschäftigten deutlich höhere Bürokratiekosten in Form von zeitlichen und finanziellen Belastungen zu tragen haben, als größere Betriebe.

Tab. 2

Berechneter Mittelwert der Maßnahmen zur Investitionssteigerung für unterschiedliche Größenklassen, Skala von 1 bis 6 (1= höchste Priorität; 6= niedrigste Priorität)

Maßnahme zur Investitionssteigerung	Beschäftigte					Gesamt
	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	250 bis 999	≥ 1 000	
Bürokratieabbau	2,36	2,79	2,91	3,18	3,11	2,87
Steuersenkungen	3,15	3,22	3,51	3,69	3,49	3,41
Fachkräftemangel	4,21	3,53	3,46	3,35	3,47	3,59
Infrastrukturverbesserung	3,61	3,82	3,69	3,60	3,39	3,65
Arbeitsmarktflexibilisierung	4,14	3,83	3,72	3,34	3,19	3,68
Abschreibungsmöglichkeiten	3,52	3,79	3,67	3,82	4,32	3,80

Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts (N = 814).

desamt 2014). Die Belastung von Unternehmen durch eine Vielzahl an gesetzlich vorgeschriebenen Informations- und Dokumentationspflichten sowie Verwaltungsvorschriften, Genehmigungsverfahren und Statistiken ist sehr hoch.

Zur Reduzierung von bürokratischen Regelungen der aus Informationspflichten resultierenden Bürokratiekosten hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2006 das Programm »Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung« ins Leben gerufen. Im Zuge dessen wurde der Normenkontrollrat eingesetzt, der seit-

dem die Belastung von Bürgern und Unternehmen durch gesetzlich verankerte Informationspflichten⁹ berechnet sowie den Erfüllungsaufwand¹⁰ durch neue Gesetze und Rechtsverordnungen abschätzt.

Erklärtes Ziel der Bundesregierung im Jahr 2006 war die Senkung der Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25%. Dieses Ziel wurde 2012 zwar erreicht: Der Bürokratiekostenindex (BKI) sank von April 2006 bis Januar 2012 um 25 Punkte (Nationaler Normenkontrollrat 2017). Doch trotz weiterer Anstrengungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau und der Einführung einer »One in one out«-Regel¹¹ (OIOO-Regel) ist der BKI in den letzten Jahren nur marginal gesunken. Im Zeitraum von 2012 bis 2017 konnte der BKI lediglich um einen Prozentpunkt gesenkt werden (Statistisches Bundesamt 2017a).

Der Normenkontrollrat erkennt zwar die Anstrengungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau

⁹ Informationspflichten sind nach §2 Abs. 2 NKR-Gesetz »aufgrund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln«.

¹⁰ Erfüllungsaufwand ist definiert als »messbarer Zeitaufwand und die Kosten, die eine neue Regelung bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auslöst« (Nationaler Normenkontrollrat 2017, S. 11).

¹¹ Nach der »One in one out«-Regel gilt: »Für neue Vorgaben, die laufenden Erfüllungsaufwand der Wirtschaft hervorrufen (»In«), muss bis spätestens zum Ende einer Legislaturperiode Entlastung in gleicher Höhe geschaffen werden – entweder in dem Regelungsvorhaben selbst oder an anderer Stelle (»Out«).« (Nationaler Normenkontrollrat 2017, S. 16).

an, dringenden Handlungsbedarf sieht dieser allerdings bei der Einbeziehung von EU-Richtlinien und -Verordnungen in die »One in one out«-Regel und der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen (Nationaler Normenkontrollrat 2017). Derzeit ist die europäische Gesetzgebung von der Kompensationspflicht ausgenommen: Für Unternehmen macht es de facto allerdings keinen Unterschied, ob zusätzliche Informationspflichten oder Regelungen aus Brüssel oder aus Berlin stammen. Durch europäische Gesetzgebung verursachter Erfüllungsaufwand für Unternehmen sollte mit der Reduzierung von Bürokratie an anderer Stelle einhergehen, wie es die OIOO-Regel für nationale Gesetzgebung vorsieht.

Daneben verhindert laut Normenkontrollrat die Rückständigkeit der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf die Digitalisierung Fortschritte im Bürokratieabbau und Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe (Nationaler Normenkontrollrat 2017, S. 35). Deutschland liegt im Hinblick auf digitale Verwaltungsprozesse und -serviceangebote im europäischen Vergleich weit abgeschlagen auf Platz 20 des EU-Digitalisierungsindex 2017. Nach Einschätzung des Nationalen Normenkontrollrates (2017, S. 35) könnten »sowohl die internen Abläufe innerhalb der Verwaltung als auch die Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen« mithilfe des E-Government deutlich effizienter gestaltet werden. Zwar wird das Thema digitale Verwaltung 2020 von der Bundesregierung voran getrieben, doch sind die meisten Projekte immer noch in der Konzeptions- oder Entwicklungsphase. Und ein gemeinsames Vorgehen der Verwaltung über administrative und fachliche Grenzen hinweg ist nur schwerlich erkennbar.

Voraussetzung für die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist wohlgerneht ein hoch entwickel-

tes Sicherheitssystem, das sensible Daten von Bürgern und Unternehmen effektiv vor Cyber-Kriminalität schützt und der Ausbau des Breitbandnetzes, sodass Bürger und Unternehmen von den digitalen Serviceangeboten der öffentlichen Verwaltung profitieren können.

Die künftige Bundesregierung sollte kontinuierlich daran arbeiten, attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen zu schaffen, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland zu stärken und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Trotz guter konjunktureller Lage in Deutschland wünschen sich die deutschen Unternehmen, dass insbesondere Reformen zum Bürokratieabbau umgesetzt werden.

LITERATUR

Clemens, R., M. Schorn und H.-J. Wolter (2004), *Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 105 NF, Wiesbaden.

NKR – Nationaler Normenkontrollrat (2017), *Jahresbericht 2017: Bürokratieabbau. Bessere Rechtsetzung. Digitalisierung*, NKR, Berlin.

Rammer, C. und B. Peters (2016), »Investitionsschwäche oder Strukturverschiebung der Investitionstätigkeit? Zur Rolle immaterieller Investitionen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen«, ZEW Discussion Paper No. 16-037, Mannheim.

Statistisches Bundesamt (2014), *Statistik und Wissenschaft. Die Bestandsmessung der Bürokratiekosten der deutschen Wirtschaft nach dem Standardkosten-Modell*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (2017), »vbw Umfrage: Bürokratie und Fachkräftemangel größte Investitionshemmnisse«, *vbw-bayern.de*, 13. Juni 2017, verfügbar unter: <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Pressemitteilungen/vbw-Umfrage-B%C3%BCrokratie-und-Fachkr%C3%A4ftemangel-gr%C3%B6%C3%9Fte-Investitionshemmnisse.jsp>, aufgerufen am 22. August 2017.

Wollmershäuser, T., W. Nierhaus, N. Hristov, D. Boumans, M. Götttert, Chr. Grimme, S. Lauterbacher, R. Lehmann, W. Meister, A. Peichl, M. Reif, F. Schröter, T. Schuler, M. Stöckli, K. Wohlrabe, A. Wolf und Chr. Zeiner (2017), »ifo Konjunkturprognose 2017/2018: Deutsche Wirtschaft stark und stabil«, *ifo Schnelldienst* 170(12), 30–83.